Pressemitteilung



München, 01.08.2012

"Bergbauern brauchen starke Agrarpolitik!"

Bei Hauptalmbegehung unterstreicht Bauernpräsident Heidl Bedeutung der Berglandwirte

Kreuth (bbv) – Bayern ist das beliebteste Urlaubsziel in Deutschland, in jedem Jahr kommen mehr als 25 Millionen Menschen in den Freistaat. "Daran haben unsere Bergbauern einen großen Anteil", sagte Bauernpräsident Walter Heidl anlässlich der Hauptalmbegehung im Landkreis Miesbach. "Deren harte, aber wertvolle Arbeit erhält die Berg-Kulturlandschaft und trägt zur Attraktivität Bayerns als Reiseziel bei", so Heidl bei der Wanderung, zu der der almwirtschaftliche Vereins Oberbayern und dessen Vorsitzender Georg Mair eingeladen hatte. Als neuer Bauernpräsident wolle Heidl die bewährte Zusammenarbeit mit dem Almwirtschaftlichen Verein Oberbayern und Alpwirtschaftlichen Verein im Allgäu vertrauensvoll fortführen.

Da allein die Erzeugerpreise für Fleisch und Milch vielen Bergbauern kein ausreichendes Einkommen ermöglichten, müssten diese auch in Zukunft durch eine starke Agrarpolitik in München, Berlin und Brüssel unterstützt werden. "Die bayerischen Bergbauern brauchen eine starke Agrarpolitik!", forderte Heidl und berichtete vom jüngsten Agrargipfel der Präsidentenkonferenz des Bayerischen Bauernverbandes Anfang Juli: "Bei Ministerpräsident Horst Seehofer habe ich mich für die Unterstützung aller Bauernfamilien in Bayern eingesetzt."

In den nächsten Monaten würden laut Heidl die Weichen für die europäische Agrarpolitik von 2014 bis 2020 gestellt. Entscheidend sei, welchen Finanzrahmen die Staats- und Regierungschefs Ende des Jahres für die gemeinsame Agrarpolitik setzen. Mit Blick auf Nebenerwerbslandwirte oder Urlaubsbauernhöfe dränge der Bauernverband außerdem auf eine bessere Regelung bei der Definition des "aktiven Landwirtes". Eigentlich sollen so Flächen wie Golfplätze oder Flughäfen aus der EU-Förderung fallen, tatsächlich aber drohen durch zusätzliche Nachweisverfahren Nachteile für Tausende bayerische Bauern. "So eine schwammige Regelung lässt vor allem mehr Bürokratie befürchten", erklärte Heidl und forderte stattdessen ein einfacheres Vorgehen mit Hilfe einer Negativliste.